

Herrn Oberbürgermeister
Thomas Eiskirch

02. April 2025

Änderungsantrag zur Sitzung des Rates am 3. April 2025

TOP 1.19 Entscheidung über die Anwendung der Opt-Out Regelung zur Bezahlkarte für Geflüchtete in Bochum

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zur Einführung der Bezahlkarte für Asylsuchende in Bochum zu schaffen und die Bezahlkarte einzuführen. Von der Opt-Out-Regelung des § 4 Bezahlkartenverordnung NRW wird kein Gebrauch gemacht.

Begründung:

Leider ist unser bisheriges Auszahlungssystem der staatlichen Sozialleistungen stark missbrauchsanfällig und setzt oftmals falsche Anreize. Die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete ist daher nicht nur richtig, weil sie hilft, den Missbrauch von sozialen Leistungen zu erschweren, sondern auch, um unsere Verwaltung durch weniger bürokratischen Aufwand zu entlasten. Die Bezahlkarte soll Geflüchteten ermöglichen, staatliche Leistungen als Guthabekarte zu erhalten, wodurch die Auszahlung von Bargeld größtenteils entfällt. Dieser Schritt soll vor allem dazu dienen, illegale Geldtransfers ins Ausland zu verhindern und sicherzustellen, dass die finanzielle Unterstützung auch wirklich für den Lebensunterhalt vor Ort verwendet wird.

Nachdem die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung der Bezahlkarte geschaffen wurden, haben die kommunalen Spitzenverbände und die Landesregierung Gespräche zur Einführung und Ausgestaltung der Bezahlkarte in Nordrhein-Westfalen geführt. Es besteht Einigkeit darüber, dass die Karte möglichst verbindlich und flächendeckend sowie mit möglichst einheitlichen Standards „ausgerollt“ werden soll.



Die CDU-Fraktion ist sich dessen bewusst, dass die Umstellung auf die Bezahlkarte möglicherweise zunächst auch zu einigen Herausforderungen führen kann, aber wir sind überzeugt, dass dies eine wichtige Maßnahme ist, die es zu forcieren gilt. Denn somit senken wir den Verwaltungsaufwand, unterbinden die Möglichkeit, Geld aus staatlicher Unterstützung in die Herkunftsländer zu überweisen und bekämpfen dadurch die menschenverachtende Schlepperkriminalität.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.



Karsten Herlitz
Fraktionsvorsitzender



Irina Becker
Ratsmitglied



Geschäftsstelle:
Historisches Rathaus – Raum 161
44777 Bochum

Kontakt:
Tel. 0234 – 910-2077
E-Mail: cdu@bochum.de

Internet:
www.cdu-bochum.de
 @CDUBochum  @cdu_bochum